

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat V/1, Sozialreferat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

☒	Neuschaffung	Stellen-Soll	0,75
☐	Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
☐	Umwandlung	kw-Vermerk/e	
☐	Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
☐	Abwertung	(ku nach BesG/EG ☐)	
☐	Ausweisung		
☐	Übertragung		
☐	Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>		☐	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>		☒	Stadtangestellte:r (w/m/d)
Befristung bis		☐	

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: ☒ durch Dritte: ☐

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger: ☐ Landesaufgaben
Finanzierungsanteil: ☐
verbleibender kommunaler Anteil: ☐
Einnahme-Haushaltsstelle: ☐

Begründung:

Die im Sozialreferat V/1 angesiedelte Sozialplanung leistet als strategische Schnittstelle fachliche, dezernatsübergreifende Unterstützung und Beratung der Ämter, Betriebsstellen, Behörden und Institutionen in Fragen der integrierten Sozialplanung. Damit befördert die Sozialplanung die bedarfsorientierte Weiterentwicklung von Diensten und Angeboten der Stadt Bremerhaven.

Zur Feststellung sozialer Lebenslagen und deren Entwicklung werden sowohl stadtweite als auch kleinräumiger aufgeschlüsselte Fachdaten benötigt. Federführend durch die Stabsstelle Sozialplanung, in enger Zusammenarbeit mit dem Amt 61, wird daher u.a. das „Sozialräumliche Monitoring Bremerhaven“ geführt, das dezernatsübergreifend maßgeblich zu einem zielgenauen und nachhaltigen Einsatz von Mitteln beiträgt und die Erfolgsüberprüfung der Strategien zur Schaffung von mehr Chancengerechtigkeit und zur Begegnung von Teilhabenschancen innerhalb der Stadtgesellschaft ermöglicht.

Um den Anforderungen einer zeitgemäßen strategischen Sozialplanung einer Großstadt mit überdurchschnittlichen sozialen Herausforderungen gerecht werden zu können, ist ein integriertes, professionalisiertes Datenmanagement erforderlich. Dabei geht es um die effiziente Nutzung und Aufbereitung bereits erschlossener Daten(-quellen) und um die systematische Einbindung weiterer Datenfelder (Sozial- und Demografie-Daten, aber u.a. auch aus den Bereichen Integration, Teilhabe, Gesundheit, Bildung, Jugend(-hilfe), Alter und Pflege, Kriminalität usw.). Durch die Nutzung von Datenbanken, spezieller Statistikprogramme, Webanbindungen und Geografischer Informationssysteme (GIS) bieten sich weitreichende zusätzliche Möglichkeiten der sozialplanerischen Analyse und Darstellung räumlicher Strukturen und Trends.

Auf Grundlage des Koalitionsvertrags der 21. Wahlperiode (2023-2027) soll der entsprechende Ausbau der Datenakquise und des Datenmanagements im Rahmen der Sozialplanung umgesetzt werden.

Für eine Weiterentwicklung und Professionalisierung des Datenmanagements der integrierten Sozialplanung ist die Neuschaffung einer 0,75 Stelle „Sozialplanung mit Schwerpunkt Datenmanagement“ beim Sozialreferat, Ref. V/1, erforderlich.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: ☒ siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: ☒ Nein ☐ Ja

Rechtsgrundlage: -

Parpart

Fachausschuss: Beschluss vom ☐ (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	☐	☐	☐	☐
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	☐	☐		☐

Stellenbeschreibung

Familienname, Vorname, Geburtsdatum			Funktionsbezeichnung Stadtangestellte:r (w/m/d) - für den Bereich Sozialplanung im Sozialreferat	
Amt (Org.-Ziff.) V/1	Abteilung (Bezeichnung) Sozialreferat	Sachgebiet (Bezeichnung) Sozialplanung mit Schwerpunkt Datenmanagement	Stellen-Nr.	BesGr/VergüGr

1. Arbeitsbeschreibung

Lfd. Nr.	Verzeichnis der wesentlichen Tätigkeiten (was wird getan?)	Anteilsverh. in % (Zeitanteil)
1.	Aufbau, Weiterentwicklung und Pflege eines Datenmanagements für die Sozialplanung - Aufbau einer technischen Infrastruktur (Datenbank, Statistikprogramme, Geografisches Informationssystem, Webanwendungen) für die Datenhaltung, -einbindung und -bereitstellung - dafür Auswahl geeigneter Software-Lösungen - Klärung von Datenstandards und Schnittstellen mit Ämtern und Dienststellen der Stadt Bremerhaven (insbesondere 91/8 sowie Ämter 40, 50, 51, 53), des Landes Bremen und anderen Institutionen - Kontinuierliche Abstimmung mit der Statistikstelle 91/8 bzgl. Datenportfolio - Vereinbarung verbindlicher Datenlieferungen mit Ämtern und Dienststellen der Stadt Bremerhaven, des Landes Bremen und anderen Institutionen, - Bereitstellung von Sozialplanungs-Daten für Ämter und Dienststellen der Stadt Bremerhaven, des Landes Bremen und andere Institutionen - Erstellung eines systematischen Datenkatalogs aller einbezogener Sozialplanungsdaten, - Abstimmung mit Datenschutzverantwortlichen	65
2.	Unterstützung der Stabsstellen im Sozialreferat - Berichtserstellung Sozialräumliches Monitoring und Steuerung der AG „Sozialräumliches Monitoring“ - Akquise, Aufbereitung und Bereitstellung von Daten im Themenfeld Integration/Diversität/Chancengleichheit - Vorbereitung und Aufbau einer Sozialberichterstattung - Anlassbezogene wissenschaftliche Analysen von statistischen Daten - Beratung von Ämtern und Dienststellen der Stadt Bremerhaven, des Landes Bremen und anderer Institutionen zu Datenfragen im Hinblick auf soziale Lagen	35

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat V/1, Sozialreferat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

☒	Neuschaffung	Stellen-Soll	0,5
☐	Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
☐	Umwandlung	kw-Vermerk/e	
☐	Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
☐	Abwertung	(ku nach BesG/EG ☐)	
☐	Ausweisung		
☐	Übertragung		
☐	Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>		☐	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>		☒	Koordinationsstelle Netzwerk Digitalambulanzen
Befristung bis		☐	

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: ☒ durch Dritte: ☐

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger: ☐ Landesaufgaben
Finanzierungsanteil: ☐
verbleibender kommunaler Anteil: ☐
Einnahme-Haushaltsstelle: ☐

Begründung:

Digitale Teilhabe zu ermöglichen bedeutet, soziale Teilhabe zu ermöglichen. Die Nutzung digitaler Mittel ist eine wichtige Möglichkeit, Kontakte herzustellen und aufrecht zu erhalten sowie Informationen zu bekommen und nicht zuletzt Dienstleistungen der Verwaltung wahrnehmen zu können. Besonders ältere Menschen sind durch unterschiedliche Ausschlussmechanismen von der digitalen Teilhabe ausgeschlossen und von der digitalen Spaltung der Gesellschaft betroffen.

Um neue Wege für die digitale Teilhabe Älterer zu gestalten, startete das Bremer Landesprojekt „Netzwerk Digitalambulanzen“ im Herbst 2020 im Rahmen der „Open Government Labore“ des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat (BMI). In Zusammenarbeit mit der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport, der Senatskanzlei, dem Senator für Finanzen als Projektgeschäftsstelle und dem Magistrat Bremerhaven wurde die Arbeit des „Netzwerk Digitalambulanzen“ zusammen mit zivilrechtlichen Akteuren für die Zielgruppe der Senior:innen aufgenommen. Nach Ende der BMI-Förderung am 31.12.2022 konnte das Netzwerk Digitalambulanzen für Bremerhaven durch die Finanzierung der Koordinationsstelle bis zum 30.09.2023 durch das Finanzresort Bremen eine kurzzeitige Verlängerung finden.

Das Netzwerk bündelt seit Herbst 2020 viele Akteure der Altenarbeit, um Angebote noch zielgerichteter auf die unterschiedlichen Adressaten auszurichten. Mit Hilfe der zentralen Netzwerkkoordination werden zahlreiche Synergien erzeugt. Ein Beispiel dafür ist der zum zweiten Mal ausgerichtete Aktionstag „Im besten Alter – Informationen rund um den Alltag“, der als Kooperation zwischen dem Netzwerk Digitalambulanzen, der Stabsstelle für Seniorinnen und Senioren und der Stadtbibliothek durchgeführt werden konnte und auf große Resonanz bei der Zielgruppe und den Beteiligten traf. Auch das im April 2023 beschlossene Zukunftskonzept für Seniorenpolitik in Bremerhaven empfiehlt die Weiterführung des Netzwerkes Digitalambulanzen, um die begonnene Netzwerkarbeit weiterführen zu können. Im Koalitionsvertrag zwischen SPD, CDU und FDP in der 21. Wahlperiode der Seestadt Bremerhaven 2023 – 2027 heißt es zudem: „Das ‚Netzwerk Digitalambulanzen‘ wollen wir sichern und weiterentwickeln, und in den Treffpunkten mit den notwendigen Gerätschaften ausstatten.“

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: ☒ siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: ☒ Nein ☐ Ja

Rechtsgrundlage: -

Parpart

Fachausschuss: Beschluss vom ☐ (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	☐	☐	☐	☐
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	☐	☐		☐

Stellenbeschreibung

Familienname, Vorname, Geburtsdatum			Funktionsbezeichnung Stadtangestellte:r (w/m/d) für die Koordination des Netzwerks Digitalambulanzen (0,5 VzÄ)	
Amt (Org.-Ziff.) V/1	Abteilung (Bezeichnung) Sozialreferat	Sachgebiet (Bezeichnung) Stabsstelle Seniorinnen und Senioren	Stellen-Nr.	BesGr/VergüGr

1. Arbeitsbeschreibung

Lfd. Nr.	Verzeichnis der wesentlichen Tätigkeiten (was wird getan?)	Anteilsverh. in % (Zeitanteil)
	Koordination und Ausbau des Netzwerks Digitalambulanzen für die Sicherung der digitalen Teilhabe von Seniorinnen und Senioren - Entwicklung, Planung und Durchführung von zielgruppenspezifischen Projekten zusammen mit den Netzwerkpartnern (z. B. Ausbau woh-nortnaher Informations- und Bildungsangebote zur digitalen Nutzung für die Zielgruppe) unter Verwendung verschiedenster Fördermöglichkeiten (Fördermittelakquise) - Federführung bei der Sicherung und Weiterentwicklung der Nutzung der Chancen durch Digitalisierung für Seniorinnen und Senioren, u. a. durch die Auswertung wissenschaftlicher Untersuchungen für das Arbeitsgebiet - Strategisch planerische Entwicklung einschlägiger Konzepte (z. B. zur Verbesserung von Information und Transparenz über Angebote für Seniorinnen und Senioren) digital und analog - Sicherung der Teilhabe älterer Menschen bei der Umsetzung der digitalen Verwaltung - Aufbau eines Kompetenzzentrums zur Unterstützung älterer Menschen bei der Digitalisierung - Ausbau und Begleitung von Gremien- und Netzwerkarbeit auf lokaler, Landes- und Bundesebenen - Thematisierung digitaler Möglichkeiten in den Bereichen Pflege und Seniorenarbeit - Gewinnung, Begleitung und Qualifizierung von Engagierten im Bereich Unterstützung Älterer bei der Digitalisierung	100